

**10 K 2113/10**



**VERWALTUNGSGERICHT ARNSBERG**

**IM NAMEN DES VOLKES**

**URTEIL**

In dem verwaltungsgerichtlichen Verfahren

des H. [REDACTED], 32425 Minden,

Klägers,

g e g e n

das Land Nordrhein-Westfalen, vertreten durch den Generalstaatsanwalt in Hamm,  
Heßlerstraße 53, 59065 Hamm,  
Gz.: 5 FP 55/09,

Beklagten,

w e g e n

Erstattung von Zahlungen zur Abwendung der Vollstreckung  
einer Ersatzfreiheitsstrafe

hat die 10. Kammer des Verwaltungsgerichts Arnsberg  
aufgrund der mündlichen Verhandlung vom 6. Juni 2012  
durch

den Vorsitzenden Richter am Verwaltungsgericht Buter,  
den Richter am Verwaltungsgericht Dr. Schellen,  
die Richterin Surholt,

den ehrenamtlichen Richter Hans-Jürgen Kiowsky,  
die ehrenamtliche Richterin Ariane Knauer

**f ü r R e c h t e r k a n n t :**

Der Beklagte wird verurteilt, an den Kläger 650,73 EUR zu zahlen.

Der Beklagte trägt die Kosten des Rechtsstreits.

Das Urteil ist vorläufig vollstreckbar. Der Beklagte darf die Vollstreckung durch Sicherheitsleistung oder Hinterlegung in Höhe von 110 vom Hundert des Vollstreckungsbetrages abwenden, wenn nicht der Kläger vor der Vollstreckung Sicherheit in entsprechender Höhe leistet.

**Tatbestand :**

Der Kläger verlangt die Erstattung von Zahlungen, die geleistet worden sind, um die Vollstreckung einer Ersatzfreiheitsstrafe gegen einen Dritten, Herrn [REDACTED], zu verhindern.

Mit Strafbefehl vom 25. Juli 2006 – 43 Js 943/06 – setzte das Amtsgericht Minden gegen Herrn [REDACTED] wegen Betruges eine Geldstrafe von 30 Tagessätzen zu je 10,00 EUR fest und erlegte ihm die Kosten des Verfahrens auf. Dieser Strafbefehl ist nach dem Rechtskraftvermerk des Amtsgerichts seit dem 4. Juli 2007 rechtskräftig. Die letzten nach Ablauf der entsprechenden Fristen insoweit eingelegten Rechtsmittel des Herrn [REDACTED] (Antrag auf Wiedereinsetzung in den vorigen Stand wegen Versäumung der Frist zur Beantragung der Entscheidung des Revisionsgerichts und Antrag auf Entscheidung des Revisionsgerichts) verwarf das Oberlandesgericht Hamm

mit Beschluss vom 18. Oktober 2007 (3 Ss 446/07 14 Ns 43 Js 943/06 (38/07) Landgericht Bielefeld).

Mit Rechnung vom 10. März 2008 verlangte die Staatsanwaltschaft (StA) Bielefeld von Herrn [REDACTED] die Zahlung der Geldstrafe in Höhe von 300,00 EUR und von Verfahrenskosten in Höhe von insgesamt 640,74 EUR, zusammen 940,74 EUR. Nachdem Zahlungen nicht erfolgt waren, ordnete die StA Bielefeld am 11. Juli 2008 die Vollstreckung von 30 Tagen Ersatzfreiheitsstrafe an und lud Herrn Lorenz zum Strafantritt. Er trat die Strafe nicht an. Sein Antrag, die Geldstrafe zur Abwendung der Ersatzfreiheitsstrafe durch freie Arbeit zu tilgen, blieb erfolglos, da er sich bei den ihm vorgeschlagenen Einsatzstellen nicht vorstellte und sich mit Schreiben vom 11. August 2008 weigerte, die angebotene Arbeit durchzuführen. Gnadengesuche blieben ebenfalls fruchtlos. Im Januar 2009 zahlte Herr Lorenz 10,00 EUR auf die Geldstrafe.

Am 29. Januar 2009 erließ die StA Bielefeld gegen Herrn [REDACTED] Haftbefehl – 43 Js 943/06 V – zur Durchsetzung von 29 Tagen Ersatzfreiheitsstrafe. In der Begründung des Haftbefehls heißt es, durch sofortige Zahlung von 290,00 EUR an die Oberjustizkasse Hamm könne die Vollstreckung der Ersatzfreiheitsstrafe abgewendet werden. Außerdem seien die Kosten in Höhe von 640,74 EUR zu zahlen; die Tilgung in Höhe von 10,00 EUR sei berücksichtigt.

Aufgrund dieses Haftbefehls wurde Herr [REDACTED] am 30. April 2009 im Gebäude des Amtsgerichts Minden verhaftet und zur Polizeiwache Minden-Lübbecke verbracht. Dort erschien am selben Tage der Kläger, ein Bekannter des Herrn [REDACTED], und erkundigte sich bei den Polizeibeamten, wie viel er zu zahlen habe, um die Vollstreckung der Ersatzfreiheitsstrafe gegen Herrn [REDACTED] abzuwenden - 290,00 EUR oder 930,74 EUR -. Nachdem die Beamten erklärt hatten, zur Abwendung der Vollstreckung der Freiheitsstrafe sei die Bezahlung von 930,74 EUR notwendig, übergab der Kläger der Polizei diesen Betrag. Herr [REDACTED] wurde daraufhin entlassen.

Mit einem an die Kreispolizeibehörde und die StA Bielefeld gerichteten Schreiben vom 30. April 2009 forderte Herr [REDACTED] die Rückzahlung von 649,74 EUR an den Kläger. Mit Schreiben vom 1. Mai 2009 verlangte der Kläger selbst ebenfalls eine Rückzahlung an ihn. Dabei trug er vor, Herr [REDACTED] wäre bereits gegen eine Zahlung von 280,01 EUR freizulassen gewesen, da gemäß § 43 des Strafgesetzbuchs (StGB) das Mindestmaß der Ersatzfreiheitsstrafe ein Tag betrage und bei einem unter einem Tagessatz liegenden (offenen) Teilbetrag einer Geldstrafe die Ersatzfreiheitsstrafe entfalle. Eine Rückzahlung unterblieb.

Auf Antrag des Klägers hat das Amtsgericht Hagen daraufhin einen dem Beklagten am 4. Juli 2009 zugestellten Mahnbescheid über die Zahlung von 650,73 EUR zusätzlich der Verfahrenskosten erlassen. Nach dem Widerspruch des Beklagten und der Abgabe des Verfahrens an das Amtsgericht Bielefeld hat dieses den Rechtsstreit mit Beschluss vom 6. Juli 2010 – 15 C 41/10 – gemäß § 17 a Abs. 2 des Gerichtsverfassungsgesetzes (GVG) an das erkennende Gericht verwiesen.

Der Kläger trägt vor: Er mache entgegen der Auffassung des Beklagten ein eigenes Recht auf Erstattung des verlangten Betrages geltend. Nicht Herr [REDACTED], sondern er, der Kläger, habe die 930,74 EUR eingezahlt. Etwas anderes ergebe sich auch nicht aus der von der Polizei ausgestellten Quittung. Er habe den zuständigen Polizeibeamten nach der Verhaftung des Herrn [REDACTED] am 30. April 2009 erklärt, er wolle so viel Geld einzahlen, wie für dessen Entlassung erforderlich sei. Zu diesem Zeitpunkt habe der Polizei der Haftbefehl, aus dem die Höhe der Geldstrafe und der Kosten hervorgegangen sei, noch nicht vorgelegen. Die Polizei habe sich auf die von ihr fernmündlich eingeholte Auskunft der Staatsanwaltschaft verlassen; diese habe erklärt, für die Freilassung des Herrn [REDACTED] sei die Zahlung von 930,74 EUR erforderlich. Nachträglich habe die Generalstaatsanwaltschaft erklärt, die Auskunft sei unzutreffend gewesen, 290,00 EUR hätten ausgereicht. Der Kläger hat hierzu in Kopie einen Vermerk der Kreispolizeibehörde Minden-Lübbecke vom 24. August 2009 überreicht, in dem es heißt, entsprechende Nachfragen hätten ergeben, dass die Meinung weit verbreitet sei, auch die auf den Haftbefehlen vermerkten Kosten seien von den Betroffenen zur Abwendung der Verhaftung zwingend zu zahlen; alle in Fra-

iben  
en

ge kommenden Beamten würden aus Anlass dieses Falles informiert, dass die Zahlung der Geldstrafe zur Abwendung der Verhaftung ausreichend sei, und zwar Zahlungen in Höhe der maßgeblichen Tagessätze abzüglich eines Tagessatzes zuzüglich einer Anzahlung auf den letzten Tagessatz. – Es seien 650,73 EUR zuviel verlangt worden; 280,01 EUR hätten ausreichen müssen, um die Entlassung zu erreichen. Denn das Mindestmaß der Ersatzfreiheitsstrafe liege gemäß § 43 StGB bei einem Tag. Deshalb habe bei einem offenen Teilbetrag der Geldstrafe, der weniger als einen Tagessatz ausmache, eine Ersatzfreiheitsstrafe zu unterbleiben. Der Klageanspruch ergebe sich auch aus dem Gesichtspunkt einer unerlaubten Handlung. Die Staatsanwaltschaft habe gewusst, dass sie das Geld von Herrn [REDACTED] wegen seiner wirtschaftlichen Leistungsunfähigkeit nicht erhalten könne, und ihn, den Kläger, bewusst getäuscht, um den gesamten Betrag von ihm zu erlangen.

Der Kläger beantragt,

den Beklagten zu verurteilen, an ihn 650,73 EUR zu zahlen.

Der Beklagte beantragt,

die Klage abzuweisen.

Er trägt vor: Die Klage sei unzulässig, da der Kläger nicht aktiv legitimiert sei. Ein Anspruch aus ungerechtfertigter Bereicherung stehe ihm schon deshalb nicht zu, weil nicht er, sondern Herr [REDACTED] am 30. April 2009 den Betrag von 930,74 EUR bei der Zahlstelle des Amtsgerichts Minden eingezahlt habe. Der Kläger habe Herrn [REDACTED] den Geldbetrag leihweise zur Verfügung gestellt. Das ergebe sich aus der Rechnung vom 10. März 2009 (richtig: 2008), der Quittung des Amtsgerichts Minden vom 30. April 2009 und einer entsprechenden Verfügung der Kreispolizeibehörde Minden-Lübbecke vom 13. Mai 2009. Ein Anspruch aus ungerechtfertigter Bereicherung bestehe auch deshalb nicht, weil die Zahlung mit Rechtsgrund erfolgt sei. Gegen Herrn [REDACTED] habe ein Zahlungsanspruch des Landes in Höhe von 930,74 EUR bestanden. Die Zahlung von 290,00 EUR hätte ausgereicht, um die Vollstreckung der Ersatzfreiheitsstrafe abzuwenden.

Wegen der weiteren Einzelheiten des Sachverhaltes und des Vorbringens der Beteiligten wird auf den Inhalt der Verfahrensakte und der beigezogenen Akte 43 Js 943/06 StA Bielefeld verwiesen.

### **Entscheidungsgründe :**

Die Klage ist zulässig und begründet.

Über die Klage ist im Verwaltungsrechtsweg zu entscheiden. Denn der Beschluss des Amtsgerichts Bielefeld vom 6. Juli 2010 -15 C 41/10 -, mit dem sinngemäß der ordentliche Rechtsweg gemäß § 17 Abs. 2 GVG für unzulässig erklärt worden ist, ist nach seiner inzwischen eingetretenen Rechtskraft hinsichtlich des Rechtsweges für das erkennende Gericht bindend (vgl. § 17 a Abs. 2 Satz 3, § 17 b Abs. 1 GVG). Das Gericht hat daher nicht der Frage nachzugehen, ob ohne den Verweisungsbeschluss eine andere Rechtswegzuweisung, etwa diejenige in § 23 Abs. 1 des Einführungsgesetzes zum Gerichtsverfassungsgesetz (EGGVG) oder – soweit es um Schadensersatz wegen Amtspflichtverletzung gehen sollte - Art. 34 Satz 1 und Satz 3 des Grundgesetzes (GG) in Verbindung mit § 839 des Bürgerlichen Gesetzbuches (BGB) und mit § 71 Abs. 2 Nr. 2 GVG, vorrangig wäre. Die örtliche Zuständigkeit des Verwaltungsgerichts Arnsberg ergibt sich aus § 52 Nr. 5 der Verwaltungsgerichtsordnung (VwGO); die Behörde, die befugt ist, für den Beklagten über den geltend gemachten Anspruch zu entscheiden, der Generalstaatsanwalt in Hamm, hat ihren Sitz im Bezirk des erkennenden Gerichts.

Die Klage ist auch begründet. Der Kläger hat gegen den Beklagten ein Anspruch auf Zahlung von 650,73 EUR.

Dieser Anspruch ergibt sich aus dem allgemeinen öffentlich-rechtlichen Erstattungsanspruch. Er ist als Rechtsgrundsatz des öffentlichen Rechts anerkannt und folgt in seinen Voraussetzungen und Rechtsfolgen weitgehend dem bürgerlich-rechtlichen Bereicherungsrecht (§§ 812 ff. BGB).

der Betei-  
en Akte

Vgl. hierzu etwa Bundesverwaltungsgericht (BVerwG), Urteil vom 17. September 1970 – II C 48.68 –, Entscheidungen des Bundesverwaltungsgerichts (BVerwGE) 36, 108 (110); Erichsen in Erichsen/Ehlers, Allgemeines Verwaltungsrecht, 12. Auflage, § 29 Rdnr. 19 und 25 ff. (m. w. N.).

Diese Anspruchsgrundlage wird nicht durch speziellere gesetzliche Regelungen verdrängt. Eine vorrangige gesetzliche Anspruchsgrundlage ergibt sich insbesondere nicht aus § 13 Abs. 1 der Einforderungs- und Beitreibungsanordnung (EBAO) vom 13. Juli 2011, BAnz Beilage 2011, Nr. 112a, oder ihrer Vorgängerregelung. Danach ordnet die (für die Vollstreckung von Strafen nach § 451 Abs. 1 der Strafprozessordnung – StPO – zuständige) Vollstreckungsbehörde die Zurückzahlung an, wenn Geldbeträge zu Unrecht vereinnahmt worden sind. Abgesehen davon, dass die EBAO keine Rechtsnorm, sondern eine Verwaltungsvorschrift ist, regelt sie nicht selbst, ob und unter welchen Voraussetzungen ein Rückzahlungsanspruch besteht, sie setzt ihn vielmehr voraus.

Der Erstattungsanspruch ergibt sich im vorliegenden Fall aus der Anwendung des in § 812 Abs. 1 Satz 2 Alternative 2 BGB niedergelegten Grundsatzes. Danach ist der Empfänger einer Leistung dem Leistenden zur Herausgabe verpflichtet, wenn der mit der Leistung nach dem Inhalt des Rechtsgeschäfts bezweckte Erfolg nicht eintritt. Dieser bereicherungsrechtliche Erstattungsanspruch beruht auf dem Grundgedanken, dass die Beteiligten den künftigen Eintritt eines von der bloßen Erfüllung einer Verbindlichkeit abweichenden besonderen Erfolges rechtlicher oder tatsächlicher Natur als Zweck der Zuwendung und damit als Grundlage für die Berechtigung des Empfängers, die Zuwendung behalten zu dürfen, vereinbaren können. Der Leistungszweck ergibt sich in diesen Fällen nicht (allein) aus dem Bezug auf ein bestimmtes Kausalgeschäft, sondern aus einer gesonderten Zweckabrede, die nach dem Willen der Beteiligten für das Behalten der Zuwendung maßgeblich sein soll. Diese besondere Zweckabrede darf allerdings nicht lediglich bloßer Beweggrund oder die einseitige Erwartung des Leistenden geblieben sein. Erforderlich, aber auch genügend ist die tatsächliche Einigung der Beteiligten über einen entsprechenden Leistungszweck. Sie kann sich auch aus einem entsprechenden schlüssigen Verhalten ergeben.



Vgl. hierzu: Bundesgerichtshof (BGH), Urteile vom 29. November 1965 – VII ZR 214/63 –, Entscheidungen des Bundesgerichtshofs in Zivilsachen (BGHZ) 44, 321 (322 f), vom 9. Juli 2008 – XII ZR 179/05 –, Neue Juristische Wochenschrift (NJW) 2008, 3277 (3280) und vom 6. Juli 2011 – XII ZR 190/08 –, NJW 2011, 2880 (2882); Palandt/Sprau, BGB, 71. Auflage, § 812 Rn. 29 ff.

In den sog. Drei-Personen-Verhältnissen ist auch für die Beantwortung der Frage, welche Person als Leistender anzusehen ist, von maßgeblicher Bedeutung, welche Zweckbestimmung die Beteiligten im Zeitpunkt der Zuwendung mit ihrem gegenüber dem Empfänger zum Ausdruck kommenden Willen verfolgt haben. Im Zweifel ist dabei eine objektive Betrachtungsweise aus der Sicht des Zuwendungsempfängers geboten, die darauf abzuheben hat, wie eine vernünftige Person die Zuwendung nach Treu und Glauben mit Rücksicht auf die Verkehrssitte zu verstehen hatte. Nach diesem Grundsatz richtet sich - unter Berücksichtigung der Gesichtspunkte des Vertrauensschutzes und der Risikoverteilung - auch, als wessen Leistung zu Gunsten welcher Person sich das tatsächlich Zugewendete darstellt. Leistender und damit Bereicherungsgläubiger ist, wer nach der Zweckbestimmung der Beteiligten, hilfsweise aus der Sicht des Empfängers, mit seinen Mitteln und auf seine Rechnung etwas zuwendet.

Vgl. hierzu BGH, Urteile vom 13. Juni 2002 – IX ZR 242/01 –, NJW 2002, 2871, vom 21. Oktober 2004 – III ZR 38/04 –, NJW 2005, 60, vom 10. März 1993 – XII ZR 253/91 –, BGHZ 122, 46 (50 f), vom 4. Februar 1999 – III ZR 56/98 –, NJW 1999, 1393 (1394) und vom 23. Oktober 2003 – IX ZR 270/02 –, NJW 2004, 1169 f; Palandt/Sprau, aaO, Rn. 14 – 16.

Hiervon ausgehend stellen sich die zurückverlangten 650,73 EUR als eine Leistung des Klägers (und nicht etwa des Herrn [REDACTED]) dar, die dem Beklagten mit der wirksamen Zweckbestimmung zugewandt worden sind, sie ausschließlich als notwendige Voraussetzung für die Entlassung des Herrn [REDACTED] aus der Haft behalten zu dürfen. Dieser Erfolg ist jedoch nicht eingetreten, weil eine Zuwendung in dieser, über den Betrag von 280,01 EUR hinausgehenden Höhe (930,74 EUR – 280,01 EUR = 650,73 EUR) nicht erforderlich war, um die fragliche Freilassung zu bewirken. Hiernach steht dem Kläger der klageweise geltend gemachte Erstattungsanspruch nach dem im



§ 812 Abs. 1 Satz 2, Alternative 2 BGB zum Ausdruck kommenden Rechtsgrundsatz zu.

Die – ausreichende – tatsächliche Einigung der für die Beteiligten handelnden Personen über den fraglichen Leistungszweck, jedenfalls aber die aus dem Empfängerhorizont eindeutige Leistungsbestimmung, es solle nur der Betrag gezahlt werden, der notwendig sei, um die sofortige Entlassung des Herrn [REDACTED] aus der Haft zu bewirken, ergibt sich aus den gesamten Umständen des vorliegenden Falles. Nach dem übereinstimmenden Vortrag beider Beteiligten hat der Kläger auf der Polizeiwa- che Minden-Lübbecke gefragt, wie viel er zu zahlen habe, um die Vollstreckung der Ersatzfreiheitsstrafe gegen Herrn [REDACTED] abzuwenden, worauf ihm die Beamten er- klärt haben, zur Abwendung der Vollstreckung der Freiheitsstrafe sei die Zahlung eines Betrages in Höhe von 930,74 EUR, also auch in Höhe der vollständigen Kos- ten des Strafverfahrens, notwendig. Dies deckt sich im Übrigen mit dem zur Ge- richtsakte gelangten Vermerk der Kreispolizeibehörde Minden-Lübbecke vom 24. August 2009 über die entsprechende Auskunft der Polizeibeamten und über die Maßnahme der Kreispolizeibehörde zur Änderung ihres Vorgehens in zukünftigen Fällen. Zweifel an dem dargestellten tatsächlichen Ablauf bestehen nicht. Danach war der Leistungszweck in dem vorstehend umschriebenen Sinn zu verstehen.

Nach den oben dargestellten Grundsätzen ist auch der Kläger und nicht Herr [REDACTED] als Leistender anzusehen; der Kläger hat nicht etwa gleichsam als Hilfsperson des Herrn [REDACTED] mittelbar eine ihm zuzurechnende Leistung erbracht. Dabei ist noch einmal hervorzuheben, dass die Bestimmung des Leistenden in Dreiecksverhältnis- sen nicht schematisch zu erfolgen hat, sondern eine wertende Betrachtung im Ein- zelfall erfordert. Der Beklagte weist selbst darauf hin, dass der Kläger auf der Poli- zeiwache erschienen ist und gefragt hat, wie viel er (nicht: Herr [REDACTED]) zu zahlen habe, um die Vollstreckung der Ersatzfreiheitsstrafe gegenüber Herrn [REDACTED] abzu- wenden. Nach entsprechender Rückfrage bei der Staatsanwaltschaft haben die Poli- zeibeamten dem Kläger eine entsprechende (sich nachträglich als unzutreffend her- ausstellende) Auskunft erteilt, ohne etwa Herrn [REDACTED] einzuschalten. Den handeln- den Beamten, deren Sichtweise bei der Bestimmung des Empfängerhorizonts unter

1965  
Zivilsa-  
- Neue  
luli  
GB,

Berücksichtigung des Grundsatzes von Treu und Glauben maßgeblich ist, muss das nach klar gewesen sein, dass der Kläger gleichsam auf eigene Rechnung (mit seinen Mitteln) einen „Freundschaftsdienst“ für Herrn [REDACTED] erbringen wollte. Ihnen fehlte jeglicher Anhaltspunkt für die Annahme, der Kläger handle nicht aus eigener freier Entscheidung, sondern als unselbständige Hilfsperson des Herrn [REDACTED] oder etwa zwecks Tilgung einer ihm gegenüber bestehenden Verbindlichkeit. Es waren auch keine Umstände ersichtlich, die für die Polizeibeamten die Erwartung nahelegten, bei einer – aus welchen Gründen auch immer – überhöhten Zahlung werde der Kläger keine Rückzahlung vom Land verlangen, sondern sich auf einen internen Ausgleich mit Herrn [REDACTED] verweisen lassen. Etwas anderes ergibt sich insbesondere nicht aus den von der Kreispolizeibehörde bei der Zahlung erstellten Dokumenten. Dabei ist vor allem darauf hinzuweisen, dass der Kläger das Original der von der Kreispolizeibehörde ausgestellten, von einer Polizeibeamtin unterschriebenen Quittung vom 30. April 2009 über die Einzahlung der 930,74 EUR (Blatt 429 der Akte 43 Js 943/06 StA Bielefeld) mit seinem Namenszug – ohne weitere Zusätze – gegengezeichnet hat. Auch dies hat für den Empfängerhorizont deutlich gemacht, dass es sich um eine Zahlung des Klägers handelte. Soweit aus den weiteren vom Beklagten mit Schreiben vom 14. April 2010 übersandten Ablichtungen von Dokumenten nicht nur hervorgehen sollte, dass die Zahlung auf die entsprechende Verpflichtung des Herrn [REDACTED] verbucht wurde, sondern auch, dass von seiner Leistung ausgegangen wurde, geben sie lediglich eine unzutreffende rechtliche Wertung wieder.

In Höhe der zurückverlangten 650,73 EUR hat die Zahlung ihren Zweck verfehlt, weil die Leistung in dieser Höhe, über die beim Beklagten verbleibenden 280,01 EUR hinaus, nicht erforderlich war, um die Freilassung des Herrn [REDACTED] zu bewirken.

Dies gilt zum einen im Hinblick auf die Kosten des Strafverfahrens in Höhe von insgesamt 640,74 EUR. Die Ersatzfreiheitsstrafe tritt gemäß § 43 Satz 1 StGB an die Stelle einer uneinbringlichen Geldstrafe, nicht etwa (auch) an die Stelle uneinbringlicher Kosten eines Strafverfahrens. Eine Inhaftierung wegen des Unvermögens, eine Zahlungspflicht (außer einer Geldstrafe) zu erfüllen, wäre auch mit der gesamten Systematik des Vollstreckungsrechts nicht zu vereinbaren. Eine andere Auffassung

vertritt auch das  
Gefahrenverfahren

Um die  
Zahlung  
sorgen

h ist, muss da  
g (mit seinen  
nen fehlte  
er freier  
etwa  
uch  
ei

vertritt auch der Beklagte nicht, wie sich unter anderem aus seinem Vortrag im Klageverfahren ergibt.

Um die sofortige Freilassung des Herrn [REDACTED] zu erreichen, war ferner nicht die Zahlung der vollständigen bis dahin offenen Geldstrafe von 290,00 EUR erforderlich, sondern lediglich die Begleichung der noch nicht bezahlten Tagessätze abzüglich eines Tagessatzes zuzüglich einer Anzahlung auf den letzten offenen Tagessatz, also eine Zahlung in Höhe von mindestens 280,01 EUR. Denn gemäß § 459e Abs. 3 StPO darf die Vollstreckung der Ersatzfreiheitsstrafe wegen eines Teilbetrages, der keinem vollen Tag Freiheitsstrafe entspricht, nicht angeordnet werden. Demnach muss die Vollstreckung der Ersatzfreiheitsstrafe unterbleiben, wenn der Rest der ausstehenden Geldstrafe weniger als einen Tagessatz beträgt. Dies entspricht der Regelung in § 43 Satz 3 StGB, nach der das Mindestmaß der Ersatzfreiheitsstrafe einen Tag beträgt. Auch hieraus ergibt sich, dass wegen eines Teilbetrages, der keinem vollen Tag Ersatzfreiheitsstrafe entspricht, die Vollstreckung der Ersatzfreiheitsstrafe nicht zulässig ist. Die Pflicht des Vollstreckungsschuldners (hier des Herrn [REDACTED]), die Geldstrafe in voller Höhe zu begleichen, und die Zulässigkeit entsprechender Vollstreckungsversuche (nicht aber einer entsprechenden Ersatzfreiheitsstrafe) bleiben hiervon unberührt.

Vgl. Meyer-Goßner, StPO, 50. Aufl., § 459e Rn. 4, sowie Tröndle/Fischer, StGB, 54. Aufl., § 43 Rn 5.

Nach alledem kommt es nicht darauf an, ob sich der Klageanspruch auch auf den Gesichtspunkt des Schadensersatzes nach den §§ 823 ff. BGB stützen lässt, allerdings nicht wegen einer – fernliegenden – (bewussten) Täuschung des Klägers über die Rechtslage durch die handelnden Polizeibeamten, sondern gemäß § 839 Abs. 1 BGB i.V.m. Art 34 Satz 1 GG wegen einer schuldhaften Amtspflichtverletzung durch Mitarbeiter der Staatsanwaltschaft, die in der Verursachung der von den Polizeibeamten weitergegebenen unzutreffenden Auskunft über die Höhe des zur Freilassung des Herrn [REDACTED] notwendigen Betrages gelegen haben mag.

Die Kostenentscheidung folgt aus § 154 Abs. 1 VwGO und die Entscheidung über die Vollstreckbarkeit aus § 173 VwGO i.V.m. §§ 708 Nr. 11, 711 der Zivilprozessordnung.

#### Rechtsmittelbelehrung:

Gegen dieses Urteil kann innerhalb eines Monats nach Zustellung beim Verwaltungsgericht Arnsberg (Jägerstraße 1, 59821 Arnsberg, Postanschrift: Verwaltungsgericht Arnsberg, 59818 Arnsberg) Antrag auf Zulassung der Berufung gestellt werden. Der Antrag muss das angefochtene Urteil bezeichnen. Innerhalb von zwei Monaten nach Zustellung des Urteils sind die Gründe darzulegen, aus denen die Berufung zuzulassen ist.

Die Berufung ist nur zuzulassen,

1. wenn ernstliche Zweifel an der Richtigkeit des Urteils bestehen,
2. wenn die Rechtssache besondere tatsächliche oder rechtliche Schwierigkeiten aufweist,
3. wenn die Rechtssache grundsätzliche Bedeutung hat,
4. wenn das Urteil von einer Entscheidung des Oberverwaltungsgerichts, des Bundesverwaltungsgerichts, des gemeinsamen Senats der obersten Gerichtshöfe des Bundes oder des Bundesverfassungsgerichts abweicht und auf dieser Abweichung beruht oder
5. wenn ein der Beurteilung des Berufungsgerichts unterliegender Verfahrensmangel geltend gemacht wird und vorliegt, auf dem die Entscheidung beruhen kann.

Die Begründung ist, soweit sie nicht bereits mit dem Zulassungsantrag vorgelegt worden ist, bei dem Oberverwaltungsgericht für das Land Nordrhein-Westfalen (Aegidiikirchplatz 5, 48143 Münster, bzw. Postfach 6309, 48033 Münster) schriftlich oder in elektronischer Form nach Maßgabe der Verordnung über den elektronischen Rechtsverkehr bei den Verwaltungsgerichten und den Finanzgerichten im Lande Nordrhein-Westfalen – ERVVO VG/FG – in der Fassung vom 1. Dezember 2010 (GV.NRW.2010 S. 648) einzureichen. Über den Antrag entscheidet das Oberverwaltungsgericht durch Beschluss.

Vor dem Oberverwaltungsgericht müssen sich die Beteiligten durch Prozessbevollmächtigte vertreten lassen; dies gilt auch für Prozesshandlungen, durch die ein Verfahren vor dem Oberverwaltungsgericht eingeleitet wird. Als Bevollmächtigte sind Rechtsanwälte und Rechtslehrer an einer staatlichen oder staatlich anerkannten Hochschule eines Mitgliedstaates der Europäischen Union, eines anderen Vertragsstaates des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum oder der Schweiz, die die Befähigung zum Richteramt besitzen, sowie die ihnen kraft Gesetzes gleichgestellten Personen zugelassen. Auf die zusätzlichen Vertretungsmöglichkeiten für Behörden und juristische Personen des öffentlichen Rechts einschließlich der von ihnen zur Erfüllung ihrer öffentlichen Aufgaben gebildeten Zusammenschlüsse wird hingewiesen (vgl. § 67 Abs. 4 Satz 4 der Verwaltungsgerichtsordnung – VwGO – in der Fassung gemäß Art. 13 des Gesetzes zur Neuregelung des Rechtsberatungs-

rechts  
setze  
§ 67  
unt  
vol  
v

I über  
sord-

rechts vom 12. Dezember 2007, BGBl. I S. 2840, und § 5 Nr. 6 des Einführungsgesetzes zum Rechtsdienstleistungsgesetz – RDGEG –). Darüber hinaus sind die in § 67 Abs. 2 Satz 2 Nr. 3 bis 7 VwGO bezeichneten Personen und Organisationen unter den dort genannten Voraussetzungen vor dem Obergerverwaltungsgericht als Bevollmächtigte zugelassen.

Der Antragsschrift sollen möglichst Abschriften für die übrigen Beteiligten beigelegt werden.

Buter

Dr. Schellen

Surholt

### Beschluss:

Ferner hat die Kammer am selben Tage beschlossen:

Der Streitwert wird gemäß § 52 Abs. 3 des Gerichtskostengesetzes auf 650,73 EUR festgesetzt.

### Rechtsmittelbelehrung:

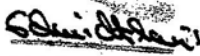
Gegen die Streitwertfestsetzung können die Beteiligten schriftlich oder zur Niederschrift des Urkundsbeamten der Geschäftsstelle beim Verwaltungsgericht Arnberg (Jägerstraße 1, 59821 Arnberg, Postanschrift: Verwaltungsgericht Arnberg, 59818 Arnberg) Beschwerde einlegen, über die das Obergerverwaltungsgericht entscheidet, falls das beschließende Gericht ihr nicht abhilft. Die Beschwerde gegen die Streitwertfestsetzung ist nur zulässig, wenn sie innerhalb von sechs Monaten eingelegt wird, nachdem die Entscheidung in der Hauptsache Rechtskraft erlangt oder das Verfahren sich anderweitig erledigt hat. Die Beschwerde ist nicht gegeben, wenn der Wert des Beschwerdegegenstandes 200 EUR nicht überschreitet.

Der Beschwerdeschrift sollen möglichst Abschriften für die übrigen Beteiligten beigelegt werden.

Buter

Dr. Schellen

Surholt

Ausgegeben  
  
 Urkundsbeamter der Geschäftsstelle  
 als Urkundsbeamter der Geschäftsstelle

V